



Stichtaglicher Abonnementspreis in Breslau 2 Thlr., außerhalb incl. Porto 2 Thlr. 15 Sgr. — Inserationsgebühr für den Raum einer fünfzeiligen Zeile in der Zeitungs- 1 Sgr.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Postämter Befellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 102. Mittags-Ausgabe.

Sechshundertfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Treubner.

Sonntag, den 1. März 1873.

Deutschland.

O. C. Landtags-Verhandlungen.

53. Sitzung des Abgeordnetenhauses. (28. Februar.)

11 Uhr. Am Ministertisch Dr. Falk, Camphausen und zahlreiche Commissarien.

Die zweite Beratung des Cultus-Gesetzes schloß gestern mit der Bewilligung der Ausgaben „für Cultus und Unterricht“, u. A. auch der Verfertigung des Fonds zur Verbesserung der äußeren Lage der Geistlichen und Lehrer um 50,000 Thaler und beginnt heute mit Tit. 123 (Medicinalwesen), dem letzten Titel der dauernden Ausgaben, zu welchem die Budget-Commission folgende Anträge stellt:

1) die Petition mehrerer Kreis-Physiker der Rheinprovinz um Erhöhung des Gehalts der Kreis-Physiker, beziehentlich um Erhebung des Anrechts auf Pension an dieselben der künftigen Staatsregierung zur Erwürdigung bei Reorganisation des Medicinalwesens zu überweisen;

2) die königliche Staatsregierung aufzufordern, die Impf-Institute auf alle Provinzen auszu dehnen;

3) die Petition des Kreis-Physikus Dr. Frihe zu Schwalbach und Genossen bei einer etwaigen Gehalts-Aufbesserung der Physikal-Beamten die bewilligten Beförderungslagen den in den preussischen Staatsdienst übergetretenen ehemaligen Nassauischen Medicinal-Beamten auf ihre Entschädigungs-Rente nicht anzurechnen, der Staatsregierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Referent Dr. Birchow: Wir befinden uns bei diesem Capitel in einem Probatorium. Es ist schon seit Jahren die weitere Reorganisation des Medicinalwesens sowohl von der Regierung in Aussicht genommen, als von diesem Hause angeregt worden. Ihre Durchführung ist aber bis jetzt noch nicht möglich, weil die Verfassung der öffentlichen Gesundheitspflege erst auf der Grundlage der neuen Kreisordnung sich entwickeln muß und noch nicht zu übersehen ist, wie sich im Einzelnen die Kreisverwaltung gestalten wird. In Folge dessen empfiehlt die Commission, in allen hauptsächlichsten Positionen den Anträgen der Regierung zuzustimmen. In Betreff der Petition ist sie überzeugt, daß die Regierung die Beamten der öffentlichen Gesundheitspflege so weit in ihrer Existenz sichern muß, daß sie nicht wesentlich auf ihre Privatpraxis angewiesen sind. Sowie man die Kreisphysiker selbst darauf hinweist, sich ihre Existenz auf anderem Wege zu erwerben, zwingt man sie, auf die Erfüllung ihrer staatlichen Pflichten mehr oder weniger zu verzichten. (Sehr richtig.) Außerdem wird die Lage immer lauter, daß die Regierung die Neubesehung erledigter Physikalstellen so lange aufschiebt, während des Interregnums wird an den Orten, wo die Praxis einträglich war, dieselbe von andern vorweggenommen und die Stellung des neuen Physikus um so schwieriger. Derartige Vacancen haben oft länger als 6 Monate gedauert. Zu dem zweiten Antrag der Commission hat besonders die letzte große und verheerende Pockenepidemie Anlaß gegeben, welche die überzeugendsten Thatsachen geliefert hat, wie wichtig die Impfung wirkt. Wenn man die Pockenentzündungen in der preussischen Armee mit denen in der Civilbevölkerung vergleicht, so tritt der Segen des Impfzwanges aufs Allerdeutlichste hervor, und es muß daher von der Medicinalverwaltung wenigstens die Möglichkeit gegeben sein, diese Maßregel auch für die Civilbevölkerung consequent durchzuführen. Es hat sich aber im vorigen Jahre herausgestellt, daß es in den Provinzen verschiedentlich nicht möglich war, die erforderliche Impfung zu beschaffen; es fehlte eben am Material. Es ist daher eine gerechte Klage der Provinzen, daß hier die Regierung nicht in gleichmäßiger Weise energisch vorgegangen ist, um so gerechter, als der von der Regierung gebotene Zwang nur ein sehr milder war, der sich darauf beschränkte, in den Impf-Instituten für jeden, der sich impfen lassen wollte, die Möglichkeit dazu herzustellen.

Genso empfiehlt Ihnen die Commission ihren dritten Antrag. Im Herzogthum Nassau waren vor der Annexion alle Aerzte Staatsbeamte mit festem Gehalt, das, wenn auch für die unteren Kategorien gering bemessen, doch allmählich stetig und mit Pensionberechtigung verbunden war. Dies System war in Nassau mit einer gewissen populären Glorie deshalb umgeben, weil in Verbindung damit eine sehr niedrige Medicinalrate angesetzt war, so daß die Bevölkerung für eine ganz minimale Steuer sich in jedem Krankheitsfall der ärztlichen Hilfe bedienen konnte. Hierdurch kam ein Verhältnis zu Stande, wie es wohl in keinem andern Lande der Welt zu existiren hat. Es war nämlich in Nassau die Medicinalpraxis so gut wie ganz unterdrückt. Die Annexion kassirte sofort die amtliche Stellung der Aerzte durch Proclamation der freien Concurrenz und Einführung der höheren preussischen Medicinalrate. Die bisher angestellten Aerzte wurden von der preussischen Regierung eine Entschädigungsrente angeboten und den ihnen angenommen. Besonders verpflichteten sich die Physiker durch Specialreise für Fortzahlung dieser Rente ihre amtlichen Functionen zu verrichten, ohne eine Gehaltsverhöhung zu beanspruchen. Da wir nun im gegenwärtigen Etat die Erhöhung von 100 Thlr. pro anno für die Kreisphysiker angesetzt haben, so fragt es sich, ob die Nassauischen Physiker hierauf mit Anspruch haben. Die Commission hat sich dafür entschieden, weil es hart wäre, in einer Zeit, wo die veränderten Lebensverhältnisse überall eine Gehaltsverhöhung bringen, die Kreisphysiker in Nassau davon auszuschließen.

Abg. Welker spricht für die Petition der Rheinischen Kreisphysiker. Die herrschende Meinung, als ob die Stellung der Kreisphysiker günstig auf die Vermehrung ihrer Praxis wirkt, ist durchaus unrichtig. Im Gegentheil bringt ihre Stellung in Bezug auf die Polizei der Lebensmittel und der leider noch immer eine große Rolle spielenden Geheimmittel die Kreisphysiker sehr häufig in Gegensatz und Collision mit einem größeren oder geringeren Theile des Publikums, sowie mit ihrem oft nicht kleinen Ansehen und die Folge davon ist, daß ihre Praxis sich nicht vermehrt, sondern vermindert.

In Bezug auf die Impf-Institute fragt Abg. Dr. Vender, ob nicht schon in diesem Jahre die Sache zur Ausführung kommen könne; es sei Gefahr im Verzuge, speziell für Altpreußen.

Regierungscommissar Geheimrath Darnstaedt: Die Staatsregierung wird das Ihre thun, so weit die Mittel reichen. Für dieses Jahr wird das allerdings nicht erheblich sein, weil die Kosten nur aus den Fonds für medicinalpolizeiliche Zwecke entnommen werden können und diese nicht hoch bemessen sind.

Der Titel 28 wird mit den Anträgen der Commission bewilligt. Damit sind die dauernden Ausgaben des Etats erledigt. An der Spitze der einmaligen und außerordentlichen stehen die von der Regierung verlangten 25,000 Thaler für Synodalkosten beuhs Ausführung des Art. 15 der Verfassung. Referent Miquel: Ich bin beauftragt, die Bewilligung vorläufig zu empfehlen, jedoch vorbehaltlich einer Erklärung in Bezug auf den Plan, welchen die Regierung mit der Synodalverfassung hat. Die Budgetcommission ist davon ausgegangen, daß allerdings durch die Durchführung der Synodal-Verfassung Kosten erwachsen, welche dem Staate zur Last fallen müssen. Andererseits ist sie davon ausgegangen, daß das Haus sich nicht entschließen könne, die Summe zu bewilligen, wenn nicht, wenigstens im Allgemeinen, der Plan und das Ziel der Staatsregierung dargelegt ist. Ich bitte also den Herrn Cultusminister, uns seine Ideen in Bezug auf die Synodalverfassung mitzutheilen.

Cultusminister Dr. Falk: Die erfreuliche Thatsache, daß dieses hohe Haus bereit ist, Mittel zu bewilligen, um der evangelischen Kirche zu ihrer Verfassung mitzubehelfen, ist schon in den früheren Sitzungen hervorgerufen, und der vorläufige Antrag der Budgetcommission, den der Herr Referent eben begründete, ist auf demselben Boden erwachsen. Wenn der Herr Referent sofort von mir gefordert hat, einen Plan zu entwerfen, wie die ausgeworfene Position verwertet werden soll, so ist dieses Verlangen ein selbstverständliches. Denn wenn ich auch die Wiederholung der Debatte in dieser Frage nicht wünsche, so kann ich doch bei aller sonstigen Differenz der Anschauungen dem Herrn Abgeordneten Richter (Hagen) bezüglich seiner gestrigen Rede nur darin zustimmen, daß, wenn die Regierung vom Hause Geld verlangt, dieselbe zu der Frage nach dem Zwecke der Ausgabe berechtigt ist. Mit Rücksicht auf das, was ich schon vor einigen Tagen über die gegenwärtige Sachlage anführte, wird das hohe Haus es allerdings wohl begreifen, daß ich dabei in Details nicht eingehe, sondern nur allgemeine grundsätzliche Gesichtspunkte berühren kann. — Eine Erklärung auf das Bedenken, welches der Herr Referent vom budgetmäßigen Standpunkte aus angeregt hat, nehme ich vorweg. Budgetmäßig könnte ich allerdings Sum-

men, die für Ausgaben des Jahres 1873 bewilligt waren, nicht für Ausgaben verwenden, die etwa dem Jahre 1870 oder 1869 angehören. Die Summe, die hier ausgeworfen ist, ist seitens der Regierung nur innerhalb der Grenzen strenger Sparsamkeit berechnet worden. Die Zwecke, für die sie bestimmt ist, leiden nicht, daß ihr durch Zahlungen auf die Vergangenheit auch nur ein Groschen entzogen wird. Das Einzige, was zu befürchten steht, ist eben, daß die Summe vielleicht zu knapp bemessen ist für die Zwecke, die in diesem Jahre damit erfüllt werden sollen. Als Ziel der Entwicklung der evangelischen Kirchen im preussischen Staat stellen wir Alle hin, sämtliche Kirchengestaltungen im Lande zu einer Einheit zusammen zu fassen.

Aber dieses Ziel ist nur erreichbar nach Erfüllung so bedeutender Vorbedingungen, daß man sie zunächst wohl als selbständige Ziele charakterisiren darf. Ich halte es vor Allem für nothwendig, die in den verschiedenen Landes- theilen vorhandenen kirchlichen Gestaltungen je nach ihrer historischen Entwicklung zu einem verfassungsmäßigen Abschluß zu bringen. Dann mögen die so constituirten Kirchen zur Herstellung der ein in Kirchenverfassung das Beste selbst thun. Vielleicht wird es zweckmäßig sein, kurz hervorzuheben, wie in den einzelnen Landes- theilen diese Dinge liegen. In Hannover ist bereits eine Kirchenverfassung zum Abschluß gekommen, allerdings nur für die evangelisch-lutherische Kirche, während mehr als 120 reformirte Gemeinden dieses Vorzuges noch entbehren. Bezüglich der Provinz Hessen verweise ich auf die reichlichen Verhandlungen in diesem Hause. Ich will kein Fehl daraus machen, daß es ursprünglich in meiner Absicht lag, die Frage der hessischen Kirchenverfassung wieder vor dieses Haus zu bringen und durch eine andere Gestaltung der Vorlagen einige der hier erhobenen Bedenken zu beseitigen. Der Grund der Aufgabe dieses Plans für jetzt lag einmal in unserer allgemeinen politischen Situation, sodann in der Erwägung, daß ein erst nach harten Kämpfen und aus sehr widerstreitenden Gesichtspunkten gewonnenes Botschaft dieses Hauses vorlag, vor Allem aber in dem Gedanken, daß man Angesichts der hessischen Verhältnisse an diesen Dingen eine Weile nicht rühren dürfe. Ich werde, nachdem das Haus die Mittel für das Consistorium bewilligt hat, die hessischen Verhältnisse mit eigenen Augen ansehen, um den richtigen Weg zu finden. — Die Provinz Schleswig-Holstein hatte eine, das ganze Gebiet umfassende Synode und hat durch dieselbe einen Synodalentwurf erhalten. Auch er muß diesem Hause vorgelegt werden, und ähnliche Gesichtspunkte haben mich bestimmt, die Vorlage für jetzt zu unterlassen, um so mehr als ich mich überzeugt habe, daß die Durchführung der Sache leichter sein werde, als die Erledigung der hessischen Frage.

Im ehemaligen Herzogthum Nassau hat man einen anderen Weg eingeschlagen. Dort hat man nicht mit einer das ganze Gebiet umfassenden Synode, sondern mit dem Aufbau von unten anzufangen versucht, wobei ich dahingestellt sein lasse, ob dies richtig und glücklich war; jedenfalls ist auch dort ein entscheidender Schritt zu thun. Ich kann nicht ganz übersehen, ob und wie viel Mittel mir dabei neben den 25,000 Thlr. zu Gebote stehen, und es ist deshalb nicht ausgeschlossen, daß ein allerdings nicht großer Theil dieser Gelder zu diesem Zwecke verwendet werden muß. — Die Hauptsumme, vielleicht die ganze Summe ist bestimmt zum weiteren Ausbau der Organisation der Kirche in den sogenannten alten Provinzen des Landes. Deren Kirchenverfassung muß zum vorläufigen Abschluß kommen auf der Grundlage ihrer bisherigen Zusammengefügtheit und in weiterer Ausführung, ob, wenn die Kirchenverfassung abgeschlossen ist, es dann zweckmäßig sein möge, in gewissen und vielleicht auch in erheblichen Beziehungen diesen Zusammenhang zu lösen, ob es dann gut sein werde, etwa innerhalb territorialer Abgrenzungen in diesem großen Gebiete die vorhandenen kirchlichen Gestaltungen zu selbständigen Kirchen zu erheben. Das mag bereinst die Kirche selbst entscheiden. Aber im gegenwärtigen Augenblicke würde die Verfolgung eines solchen Gedankens heißen, die so dringend nothwendige vorläufige Abschiebung der langjährigen Bestrebungen zur Erlangung der Synodal-Verfassung ad calendas Graecas hinausschieben. Dieser Gedanke besitzt vermöge seiner Eigenartigkeit, vermöge der genialen und energischen Vertretung, die er gefunden hat, wohl viel Lockendes, aber er befindet sich in Widerspruch mit der historischen Entwicklung der jetzigen Verhältnisse und hat den Jutrum zur Voraussetzung, als ob in solchen territorial abgegrenzten Bezirken die Entwicklung der kirchlichen Verhältnisse, insbesondere nach der Seite der Confessionalität hin, überall nur eine gleichartige gewesen sei. — Ein Irrthum, der sich damit strafen würde, daß in solchen Territorien nicht eine, sondern verschiedene Kirchengemeinschaften und Kirchengestaltungen den Anspruch auf Erhebung zu selbständigen Kirchen machen würden.

Dieser Gedanke mag in einzelnen Kreisen Wurzel gefaßt haben, Gemein- eigenthum der evangelischen Kirche ist er indessen noch nicht geworden, und er steht in Widerspruch mit der Ueberzeugung derjenigen, welche nicht bei der Begründung von Verhältnissen mitwirken wollen, aus denen die Bewegung auf Aufhebung der Union Kräfte saugen kann, — und zu den Männern, die dazu mitwirken wollen, gehöre ich. (Bravo!) Von solchem Standpunkte ist eine Landesynode für das Gebiet der alten Provinzen das Richtige, und ich bin der Meinung, daß wir möglichst bald zu einer solchen gelangen müssen; hoffentlich können wir schon das nächste Jahr dazu in Aussicht nehmen. Ohne dieselbe werden wir zu einer definitiven Ausman- derung nicht gelangen. Aber in der Annahme werde ich mich nicht irren, daß die directe Schaffung solcher Landesynoden, wenn sie auch vor 20 Jahren in Erinnerung der kurz vorhergegangenen Generalynode als das einzig heilsame Mittel empfohlen wurde, heute in kirchlichen Kreisen nicht viele Anhänger von Bedeutung finden wird. In diesen Kreisen wird dieses Mittel wohl allgemein als ein directes, die gegebenen Verhältnisse mißach- tendes einstweilen nicht empfohlen. Und in der That lassen sich Gestal- tungen, die in 20 Jahren ins Leben gerufen wurden, nicht ohne weiteres wie mit einem Schwamm hinwegwischen, vermöge ihrer Existenz schon haben sie Anspruch auf Berücksichtigung. Der Gedanke ist hier getrennt angeregt und auch sonst vielfach motivirt, daß man von unten mit der Kräftigung der Gemeinden anfangen und das Uebrige der Zukunft überlassen müsse. Aber unsere dringenden Bedürfnisse würden auf diesem Wege wieder nicht befriedigt. Auf diese Weise würde den Chancen der Zukunft wieder Thür und Thor geöffnet, und wer weiß, ob wir so in 20 Jahren weiter wären, als heute? Daher ist die weitere Entwicklung an die gegebenen Verhältnisse anzuschließen.

Es ist die erste Aufgabe, die man sich zu stellen hat, und gerade dazu werden diese 25,000 Thlr. von Ihnen erbeten, zu geordneten Provinzialsynoden zu gelangen, aus denen dann die Landesynode erwächst. Aber wenn auch diese Provinzialsynoden in den Kreis- und Provinzialsynoden und damit indirect in den Gemeindefürsorgekreisen wurzeln müssen, so ist doch die gegenwärtig bestehende Basis nicht die, auf welcher eine geordnete Constitution der Provinzialsynoden geschaffen werden kann, die der Kirchenverfassung dauernden Segen für ihre Entwicklung gewährt. Das Element der evangelischen Gemeinde muß in der Provinzialsynode, wie im Synodalen Wesen überhaupt einen kräftigen Ausdruck finden (Beifall). Das ist die erste und unerläß- liche Voraussetzung für eine wirklich feste zu begründende Kirchenverfassung, denn es ist das evangelische Prinzip (Sehr wahr!). Selbst Männer, die dem Synodalgedanken wenig Lob zollen, ihn eben nur hinhängen, wenn er und weil er nicht zu vermeiden ist, selbst die sprechen das Wort aus, die evangelische Kirche ist eine Volkskirche und dieser Gedanke ist es, den meine Auffassung in andere Worte gekleidet hat. Die kräftige Vertretung seitens der Gemeinde in einer Provinzialsynode wird sich äußern in der Zusammenfassung der Zahlen und in der Weise, wie die Mitglieder gewählt sind. Werden sie aus den Kreis- und Provinzialsynoden als den bestehenden Körpern gewählt, welche ihrerseits wiederum auf den Gemeindefürsorgekreisen beruhen, so muß die Aenderung mit diesen Gemeindefürsorgekreisen an- fangen (sehr richtig), es muß dafür gesorgt werden, daß in ihnen das wirkliche kirchliche Bewußtsein der Gemeinden seinen Ausdruck findet, und m. H. der Modus, wie jetzt die Wahlen vollzogen werden, giebt nach meiner Ueberzeugung diese Würksamkeit nicht. (Sehr wahr! Lebhafter Beifall.)

Man wird also daran zu gehen haben, die Gemeindefürsorgekreise umzu- gestalten, die Kreis- und Provinzialsynoden zu wählen und demnach eine Provinzialsynode zu bilden. Zu den vielen Aufgaben derselben wird in Zukunft gehören Organe herzustellen, welche in Gemeinschaft mit dem Kirchenregimente wir- ken sollen, die kirchenregimentlichen Behörden umzugestalten. Aus solchen

Provinzialsynoden werden die Elemente für die Generalynode, für die Lan- desynode gewonnen werden, und deren Aufgabe wird es sein mit der höch- sten Kircheninstanz, die augenblicklich den Namen „Evangelischer Oberkirchen- rath“ führt, ebenfalls diesen Umgestaltungsmodus auszuüben und zu Ende zu führen. (Beifall.) Nach Abschluß der Sache bedarf es des Votums des Landtages und zwar aus einer Reihe von Gründen. Es ist nicht möglich, den kirchlichen Organen der sechs alten Provinzen nur den Wirkungsbereich zu lassen, den sie haben: ich kann nicht glauben, daß damit ein wahres frisches Leben möglich ist; es bedarf dazu eines ordentlichen Rechts- und Pflichtentwerfes, und der wird vor Allem gewonnen, wenn auch die äußeren Verhältnisse, namentlich die Vermögensverhältnisse an die andern Organe der Kirche übertragen würden. Das kann nur durch eine Veränderung der Landesgesetzgebung geschehen, weil darauf die Bestimmungen über die Ver- mögensverwaltung beruhen. Ebenso beruhen auf ihr die Anordnungen über die Exemption gewisser Personen von der Gemeinde. Es bedarf aber auch die constituirte Kirche der Möglichkeit, die Leistungen, die sie sich selbst auf- erlegt, betreiben zu können.

Sie wissen, daß dieser Gesichtspunkt in den sogenannten hessischen Vor- lagen bereits zur auskömmlichen Geltung kam; Sie wissen, daß im ver- gangenen Jahre Ihnen sogar eine Vorlage gemacht wurde, die diese Ver- hältnisse ganz allgemein regelte, indem sie überall den Gemeinden die Synodalkosten auferlegte; ich habe diesen Entwurf namentlich zurückgezogen, weil dem Staat und seinen gesetzgebenden Organen nicht zugumuthen war, mit starker Hand ins Blaue hinein und ohne Kenntniß der Factoren, die seine Hilfe in Anspruch nehmen möchten, diese Hilfe zu leisten. Endlich kann die Auseinandersetzung in der Vermögensfrage nur mit der constituir- ten Kirche zu Ende gebracht werden. — Diese Gesichtspunkte leiteten mich, als ich die Position von 25,000 Thlr. auf den Etat zu bringen beantragte, aus diesen Gründen bitte ich Sie, geben Sie der Bereitwilligkeit, die Sie schon gezeigt haben, weitere Folge, und bewilligen Sie die 25,000 Thaler! (Lebhafter Beifall links.)

Abg. v. d. Goltz-Drumburg: Ich freue mich, daß der Herr Minister anerkannt hat, daß das Haus das Recht und die Pflicht habe, sich um diese Angelegenheit zu kümmern. Die Behörden des Kirchenregiments haben sich in eine Sadegasse verannt. Die Gemeindefürsorgekreise sind keine legitime Vertretung der Kirche. Das Patronat ist bei dieser Organisation vollständig ausgeschlossen und hat nur das Recht Einsicht in die Verhandlungen zu nehmen. Bei den Kreis- und Provinzialsynoden ist es ebenfalls stiefmütterlich behandelt. Genso ist das Laienpublikum fast gar nicht berücksichtigt. Man kann über die Zweckmäßigkeit und Nothwendigkeit des Patronates verschiedener Ansicht sein, aber so lange es zu Recht besteht und ihm Lasten aufgebürdet sind, muß es seine Stimme bei der Verwaltung in die Waagschale werfen können. Das Kirchenregiment hat eine Institution geschaffen, ohne ihr die materiellen Mittel zu geben. Die Kosten der Synoden sollten auf die Kirchencafes übernommen werden, ohne daß die Gemeinden darüber befragt wurden. Die Gemeinden verweigerten die Zahlung, die Regierung suchte durch allerlei Kniffe und Pisse zu dem Gelde zu gelangen; es wurde mit executivischer Entziehung gedroht, und gegen Kirchenvorsteher mit Excommunication vorgegangen, trotz des vielfachen Widerspruches der Patrone. Wenn dem Patronate nicht eine bessere Berücksichtigung zu Theil wird, bin ich ganz außer Stande diese Position zu bewilligen.

Referent Miquel erklärt, daß er nach den Ausführungen des Cultus- ministers im Namen der Budget-Commission die Bewilligung der Position empfehlen könne; Details habe man überhaupt nicht erwartet, sondern nur allgemeine Umrisse.

Hiermit wird die Discussion geschlossen, und die Position von 25,000 Thlr. für die Durchführung der Synodalverfassung mit großer Majorität gegen die Stimmen der Fortschrittspartei genehmigt.

Tit. 55 fordert 30,000 Thlr., um dem Gymnasium in Tilsit durch An- kauf des Nachbargrundstückes besseres Licht zu verschaffen; der Abg. Behr stellt dagegen den Antrag, für das Gymnasium ein neues Grundstück zu er- werben. Abg. Graf Wisingerode spricht für die Bewilligung der Po- sition; die Beleuchtung im Gymnasium müsse fast den ganzen Tag durch Gas bewerkstelligt werden. Der Regierungskommissar erklärt, daß die Sachverständigen eine dringende Abhilfe für nothwendig halten; wenn erst ein Grundstück erworben und ein neues Gymnasium gebaut werden solle, so würde das eine zu lange Zeit erfordern. In Folge dieser Erklärung zieht der Abg. Behr seinen Antrag zurück und die Position wird bewilligt.

Tit. 93 fordert 70,000 Thlr. als erste Rate für Erweiterung der Ge- bäude der Kunstakademie und für Herstellung von Ausstellungsräumen.

Abg. Dr. Birchow: Die Position giebt der Regierung weiten Spiel- raum; sie kann auch an einem anderen Orte als bei dem Akademieggebäude Ausstellungsräume herstellen. So viel ich die Verhältnisse kenne, und ich habe auch mit kompetenten Künstlern darüber gesprochen, würde die Regie- rung in der Lage sein, diesen Raum ganz in der Nähe zu finden, wenn sie sich entschließen könnte, die Reithahn für die Garde du Corps von diesem Punkte zu verlegen. Es wird den Mitgliefern des Hauses bekannt sein, daß sich in dem Bieder, dessen eine Seite die Akademie bildet, zugleich eine kleine Cafeteria für die Garde du Corps befindet, und für dieses zugleich in der Mitte des Gebäudescomplexes eine Reithahn. Nun scheint es wohl möglich, daß die Soldaten ihre Exercitien an einem anderen Plage abhalten könnten als gerade mitten in der Stadt auf dem werthvollsten Terrain. Sie werden auch so viel Zeit haben, daß sie von ihrer Cafeteria bis zu einer andern Reithahn gehen oder reiten können. Würde dieses Gebäude cassirt, so würde ein werthvoller Raum gewonnen werden, der für Ausstellungsräume und auch für andere Zwecke der Akademie herangezogen werden könnte. Wenn nun die Staatsregierung ein Ausstellungsgebäude an einem andern Orte errichten will, so habe ich nichts dagegen; das aber auch dann die Räume für die Akademie noch nicht genügen, möchte ich dem Herrn Finanzminister noch besonders ans Herz legen. Es ist allgemein bekannt, daß unsere Akademie gerade nicht im übermäßigen Flor steht. Der Haupt- grund davon ist, daß man keinen Director und keine hervorragenden Künstler als Lehrer finden kann. Wenn man die jetzige Stellung der Aka- demie mit der früheren vergleicht, so kann man einen Rückschritt nicht ver- kennen. Daß sich so wenig Lehrer finden, liegt hauptsächlich darin, daß es fast unmöglich ist, für sie Alteliers zu finden.

Bei anderen Akademien ist die Einrichtung so getroffen, daß die Lehrer ihr Atelier an Ort und Stelle finden, wo sie Unterricht ertheilen; dadurch haben sie die Möglichkeit, ohne großen Zeitverlust von ihrer Arbeit in das Unterrichtszimmer zu gehen; dann können sie auch ihre Schüler in ihre Werkstatt führen. Dieser lebendige Contact, dieses unmittelbare Auseinander- wirken des arbeitenden Meisters und der Lernenden, ist von der größten Bedeutung und Wirkung. Ferner ist die Zahl der Unterrichtsstunden dem jetzigen Bedürfnisse nicht gewachsen. Deshalb muß nothwendig eine Er- weiterung der Akademie im Auge behalten werden, mag nun ein Ausstel- lungsgebäude an derselben Stelle oder an einem anderen Orte beliebt wer- den. Die Nothwendigkeit tritt um so mehr hervor, als die Künstler meinen, daß eine regelmäßige jährliche Ausstellung an Stelle der zweijährigen er- möglicht werden könne, weil die Production im Wachsen begriffen ist. Ich wünsche deshalb die Bewilligung der Position.

Hiermit wird die Discussion geschlossen und die Position von 70,000 Thlr. bewilligt.

Zu Tit. 98 (zum Bau eines Gebäudes für die Gypsammlung der Kunst- musen in Berlin 30,000 Thlr.) rügt Abg. Birchow, daß man das Central-Museum mit einer Unmasse von Copien vollstopfe. Von diesem Stand- punkte sei Schinkel beim Bau des Museums nicht ausgegangen; dasselbe sei vielmehr bestimmt gewesen, zur Stätte für die edelsten, höchsten und schärfsten Originalwerke. Die Gypsmodelle gehörten in die Kunst-Akademie, wo die angehenden Künstler ihre Studien an ihnen machen könnten. Ein Regierungs-Commissar erwidert, daß die Original-Sculpturwerke sich augenblicklich im untersten Geschos des Museums befänden; um sie dem Publikum zugänglich zu machen, wolle man sie in das erste Stockwerk bringen, aus dem man deshalb die Gypsmodelle entfernen müsse.

Zu Tit. 101 (4200 Thlr. für die Herausgabe des Werkes über die osto- asiatische Expedition). Abg. Birchow: Als Graf Eulenburg seine glori- reiche Mission nach Japan ausgeführt hatte, hielt man es für passend, dies Ereigniß durch ein großes Fest zu feiern. Seitdem begegnet uns alljährlich

ein bedeutender Posten, früher im Hauptextraordinarium, jetzt im Cultusetat, welcher für diesen Zweck ausgeworfen wird. Bis jetzt sind 42,000 Thlr. verausgabt und dafür haben wir nun acht solcher Hefen mit im Ganzen achtundvierzig Bildern (Reiner zeigt ein Exemplar vor), mit zwei Bänden Text und außerdem noch drei kleineren Bänden mit den wissenschaftlichen Resultaten der Reise. Uebrigens bemerke ich, daß die wissenschaftlichen Arbeiter von den 42,000 Thlr. nur 600 erhalten haben (Heiterkeit). Ich will nun zwar, nachdem so viele Kosten aufgewandt sind, nicht gegen die Bewilligung dieser Hefen sprechen, aber an das endliche Fehlen eines Werkes möchte ich doch erinnern, daß zwar künstlerisch ganz tüchtig ausgeführt ist, aber eine besondere, wissenschaftliche Bedeutung nicht beanspruchen kann.

Der Finanzminister: Da mein College schweigt, so will ich wenigstens, soweit ich in die Debatte gezogen bin, antworten. Die betreffenden Posten wurden lange vor meinem Amtsantritt im Hauptextraordinarium des Staats geführt, und ich habe das beibehalten, bis ich zweimal in diesem Hause eine Klage über die Ausgabe hörte, wenn auch kein Antrag eingebracht wurde, und ich habe sie dann auf den Cultusetat geschoben. Sonst besteht mein ganzes Verhältnis zu der Ausgabe nur darin, daß ich von anderen Ministerien dazu aufgefordert bin, sie zu machen (Heiterkeit). Nur meine ich, daß der Vorredner die Bedeutung des Werkes wesentlich unterschätzt, nach meiner Ansicht hat es immer großen und dauernden Werth.

Der Präsident erinnerte eine große Anzahl Herren, welche vor der Tribüne sich um das vom Abgeordneten Birchow mitgebrachte Heft drängen, daß die Bibliothek des Hauses ein Exemplar des Reiseberichtes besitzt und dieselbe bequeme und reichliche Gelegenheit geboten sei es zu beschaffen (Heiterkeit).

Der Kultusminister beschränkt sich auf die Bemerkung, daß die im Etat geforderte Summe die letzte Rate sei.

Abg. Birchow: In der Budgetcommission wurde angedeutet, daß dies noch nicht der letzte Heft sei (Heiterkeit). Bedeutung hat das Wort ja gewiß, aber nicht eine so große, daß sich damit die Höhe der Kosten rechtfertigen ließe. Meines Erachtens ist die Photographie soweit entwickelt, daß sie völlig genügt für die Wiebergabe von Landscapen. Wären die 42,000 Thaler für die ethnologischen Sammlungen aufgewendet, so hätten dieselben eine für die europäische Wissenschaft epochemachende Bedeutung bekommen können.

Der Finanzminister: Die Restforderung ist dies allerdings noch nicht (große Heiterkeit); die letzte Rate wird vielmehr erst im Etat für 1874 ihre Aufwartung machen. Uebrigens wenn 42,000 Thaler, für die ethnologischen Sammlungen nötig wären, so würde ich vor der Höhe der Summe nicht erschrecken — die Position wird darauf genehmigt.

Zu den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben liegt noch ein Antrag des Abg. v. Sauten-Argyrischen vor, welcher dahin geht, die Petition des Magistrats und der Stadtverordneten-Versammlung in Königsberg wegen Errichtung eines neuen Gymnasiums in Königsberg der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen. Der Antrag wird angenommen, nachdem der Regierungskommissar die unerträgliche Ueberfüllung der bestehenden Königsberger Gymnasien und damit die Nothwendigkeit für den Bau eines neuen anerkannt hatte.

Im Zusammenhang mit dem Etat des Cultus steht folgender Antrag des Abg. Karsten, die Staatsregierung aufzufordern, 1) eine Ermittlung über die in der Stadt Berlin vorhandenen, zum Bau der in Aussicht genommenen neuen Staatsinstitute der verschiedenen Ministerien geeigneten und verfügbaren Grundstücke zu veranlassen, damit nach einem einheitlichen Plane eine räumlich zweckmäßige Zusammenlegung für die, verwandte Zwecke derfolgenden Institute gesichert werde und 2) die Ergebnisse dieser Ermittlung in der nächsten Session dem Abgeordnetenhaus vorzulegen.

Der Finanzminister: Ich bedaure, dem Antrage nicht zustimmen zu können und bitte, ihn abzulehnen. Die Folge des Antrages würde eine viel zu weit gehende Einnischung des Abgeordnetenhauses in die Angelegenheiten der Verwaltung involviren. Ferner ist dem Antrage unterstellt, was mit der Wirklichkeit durchaus nicht übereinstimmt, daß nämlich in dieser Angelegenheit bisher völlig glanzlos vorgegangen sei. Man wird ja darüber streiten können, ob in jedem Falle das Richtige getroffen sei; aber es ist völlig unrichtig, wenn angenommen wird, daß den verschiedenen Plänen nicht eine reifliche Erörterung zu Grunde gelegen habe. Wie ist denn das Verhältnis? Im Allgemeinen befindet sich jedes Ressort im Besitz gewisser Grundstücke. Da ist es nun eine alte, seit langen Jahren bestehende, noch unter dem hochseligen Könige Friedrich Wilhelm III. bereits angeordnete Einrichtung, daß in jedem Falle, wo eine Dienstlokalität in der Stadt Berlin und selbst in den Provinzen entbehrlich wird, für die Stadt Berlin Umfrage gehalten werden muß, ob und für welches Ressort vielleicht der Anspruch auf Verwendung eines solchen Grundstücks erhoben werden möchte. Wenn gleichzeitig mehrere größere Zwecke zu verfolgen sind, so stelle ich nicht einmündig in Abrede, daß es durchaus wünschenswerth sein wird, die vorzunehmenden baulichen Veränderungen auch nach einem umfassenden Plan im Bau herzustellen. Aber das wird die Verwaltung für sich zu erwägen haben, und diesen Punkt zum Gegenstande eines Rechnungsführungsberichtes an das Abgeordnetenhaus zu machen, das würde sich in keiner Weise empfehlen. (Beifall rechts.)

Es folgt die Verlesung des Nachtragsetats des Handelsministeriums, in welchem 5000 Thlr. für einen Unterstaatssecretär ausgeworfen sind.

Referent Abg. Richter: Die Commission hat mit Einstimmigkeit die Bewilligung dieser Position beantragt. Die Erklärungen, welche der Handelsminister dazu abgegeben hat, entsprechen seinen Auslassungen im Plenum. Er wünscht, daß eine neue Kraft sich mit allen Zweigen seines Ressorts vertraut mache, um ihn später erheben zu können.

Abg. Birchow: Wenn wir die geforderte Summe bewilligen, so geschieht es in der Erkenntnis, daß es sich um ein Ministerium handelt, dessen viele und wichtige Geschäfte die Vermehrung von Arbeitskräften gerechtfertigt erscheinen lassen. Die Position ist jedoch in einer Weise motivirt, welche ich nicht billigen kann, denn in der That handelt es sich um einen Abatus, welcher wiederum, wie ich dies schon vor einigen Wochen in Aussicht stellte, einem Mitgliede unseres Ministeriums zur Seite gestellt werden soll. Es liegt also das kanonische Verhältnis eines Coadjutors vor! (Heiterkeit). Der Handelsminister will aus persönlichen Motiven seine Stellung behaupten, von der er sofort zurücktreten würde. (Widerspruch rechts.) Er fählt sich als Angellager (erneuerter Widerspruch) und will die Erhebung der Anlage auf seinem Posten abwarten. Es wäre für die Unbefangenheit der Untersuchung förderlicher gewesen, wenn er sofort resignirt hätte und ich bewillige daher die Position allein in der Erkenntnis, daß das Handelsministerium wegen seiner Geschäftsausdehnung einen Unterstaatssecretär so gut wie andere Ministerien beanspruchen kann. (Zustimmung links.)

Finanzminister Camphausen: Die Regierung hat nicht die Bewilligung eines Coadjutors, sondern eines Unterstaatssecretärs verlangt. Was die persönlichen gegen den nicht hier anwesenden Handelsminister (Auf: Warum ist er nicht anwesend?) gerichteten Spizen betrifft, so glaube ich, daß ich ihm einen schlechten Dienst mit der ausführlichen Verlegung des Sachverhaltes leisten würde. Aber es lag auf der Hand, daß der Mann, unter dessen Leitung gegen die Geschäftsführung gewisser Zweige seines Ressorts Anlagen erhoben worden sind, den Wunsch hegen muß, die durch jene Anlagen betroffenen Beamten bis zum Schlusse der Untersuchung nicht im Stich zu lassen. (Beifall rechts.)

Abg. Windthorst (Meppen) stimmt völlig mit dem Finanzminister überein. Es handelt sich um einen Unterstaatssecretär, und man kann daher nur fragen, ob ein solcher nothwendig ist. Dies wird allseitig bejaht. Verantwortlich bleibt vor den Ständen doch immer der Chef des Ministeriums. Eine weitere Kritik über die persönlichen Motive des Handelsministers steht dem Hause nicht zu (Widerspruch links). Er ist kein Angellager, sondern es handelt sich nur um Bemängelungen einzelner seiner Verwaltungsgrundsätze, welche zu qualificiren vor dem Ergebnisse einer Untersuchung, die erst feststellen soll, ob überhaupt ein Angellager da ist, und ebenso wenig zielt, als es wohlgeheiß ist, den ohnehin schon sehr scharfen Ton der bezüglichen Debatten ohne Nutzen noch zu verschärfen. (Zustimmung rechts.)

Abg. Birchow: Der Handelsminister hat diese Position in der Commission selbst mit persönlichen Argumenten motivirt, er hat das Verhältnis des Unterstaatssecretärs als das der Coadjutorin dargestellt und nicht ich habe diesen Charakter in dasselbe hineingelegt. Was hindert ferner den Handelsminister bei den heutigen Debatten anwesend zu sein, wo es sich um eine von ihm geforderte Summe handelt? (Sehr richtig! links.) Ich habe nicht gesagt, der Handelsminister ist angellager, sondern fählt sich als Angellager, und wenn er auf seinem Posten bleibt, um seine Beamten nicht im Stich zu lassen, so mag dies eine ganz gute Maßregel sein, wenn man ein gemeinsames Verteidigungssystem im Auge hat, aber im Uebrigen ist mir das Argument der Verantwortlichkeit nicht verständlich. Lassen wir der schwebenden Untersuchung freien Lauf; möge die Regierung weder den Inquisitionsbüchsen, noch den Verteidiger spielen, das wird ihrem Ergebnisse am förderlichsten sein. (Beifall.)

Nachdem noch Abg. Glafer im Sinne Windthorst's gesprochen, und Abg. Richter dem gegenüber die Correctheit seines Referats über die Commissionsvorgänge aufrecht erhalten, wird die Position bewilligt.

Der Etat der allgemeinen Finanzverwaltung wird unverändert

nach den Commissionsbeschlüssen genehmigt. — Hiermit ist die Etatsberathung beendet und das Staatsgesetz wird in folgender Form angenommen:

§ 1. Der diesem Gesetze als Anlage beigefügte Staatshaushalts-Etat für das Jahr 1873 wird in Einnahme: auf 210,043,467 Thlr., und in Ausgabe: auf 210,043,467 Thlr., nämlich auf 186,593,287 Thlr. an fortwährenden und auf 23,450,230 Thlr. an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgesetzt.

§ 2. Im Jahre 1873 können nach Anordnung des Finanz-Ministers veranschlagte Schatz-Anweisungen bis auf Höhe von 10,000,000 Thlr., welche vor dem 1. October 1874 verfallen müssen, wiederholt ausgegeben werden. Die auf Grund des Gesetzes vom 17. März 1872 (Gesetz-Sammlung S. 185) ausgegebenen Schatz-Anweisungen sind bei eintretender Fälligkeit einzulösen.

§ 3. Die im Jahre 1873 eingehenden Rückzahlungen auf die nach dem Gesetze vom 23. December 1867 (Gesetz-Sammlung S. 1929) und vom 3. März 1868 (Gesetz-Sammlung S. 174) zur Abhilfe des Nothstandes in Ostpreußen gewährten Darlehne sind zur theilweisen Einlösung der Schatz-Anweisungen zu verwenden. Im Uebrigen finden auf die nach § 2 dieses Gesetzes auszugebenden Schatz-Anweisungen die Bestimmungen der §§ 4 und 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 (Gesetz-Sammlung S. 607) Anwendung.

§ 4. Die bis zur gesetzlichen Feststellung des Staatshaushalts-Etats (§ 1) innerhalb der Grenzen desselben geleisteten Ausgaben werden hiermit nachträglich genehmigt.

§ 5. Der Finanz-Minister ist mit der Ausführung dieses Gesetzes beauftragt. Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichem Insigne.

Zugleich mit dem Staats-Gesetz wird folgende Resolution angenommen: Die Staatsregierung aufzufordern, künftig der allgemeinen Uebersicht der Einnahmen und Ausgaben speciell Uebersichten über die Verwendung derjenigen Centralfonds beizufügen, welche nach Maßgabe der Titelüberschriften als Dispositionsfonds, Fonds für vermischte, sonstige und undorhergesehene Ausgaben anzusehen sind.

Damit ist die zweite Verathung des Staatshaushaltses erledigt bis auf zwei Resolutionen, betreffend die Aufhebung der Zeitungssteuer und die Aufhebung des Schaufesgesetzes, die unter allgemeiner Zustimmung aus der Staatsberathung ausgeschieden und am Mittwoch als selbstständige Anträge, die erstere Resolution in Verbindung mit dem Antrage Bernards, zur Verathung kommen werden. Von dem Antrage Kaskers, betreffend die Zusammenstellung der erhaltenen Eisenbahn-Concessionen, nimmt der Präsident an, daß er unter den gegenwärtigen Umständen zurückgezogen werden wird. Was sonst noch aus der Staatsberathung resultirt ist ohne Belang für die dritte Lesung, die am Montag oder Dienstag stattfinden wird.

Endlich erledigt das Haus in dritter Verathung ohne Discussion die Gesetze betreffend die außerordentliche Tilgung der Staatsschulden und betreffend die Ausführung der Kreisordnung nach den Beschlüssen der zweiten Lesung.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung: Sonnabend 11 Uhr. (Tages-Ordnung: Dritte Verathung der Abänderung der Artikel 15 und 18 der Verfassung und Rest der heutigen T.-O.).

Berlin, 28. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem ordentlichen Professor an der Universität in Kiel, Conferenz-Rath Dr. Ratjen, den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub; dem Kreisgerichts-Rath Knoch zu Hammerstein, Kreis Schlochau, und dem Landrath von Sanden zu Heinrichswalde, Kreis Niederung, den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife; dem Kreisgerichts-Rath Förster zu Warburg, dem Kreisgerichts-Rath Panje zu Meisburg, dem Divisions-Warrior a. D. Kiedl zu Erfurt, dem Balth. Fendler zu Polzig, Kreis Meseritz, dem Pfarrer Lehmann zu Trempen, Kreis Darlehmen, dem emeritirten Pfarrer Hofer zu Trier, dem emeritirten Pastor Bengelsdorf zu Stralsund, dem Oberlehrer a. D. Dr. phil. Muschke aus Berlin, zur Zeit in Coburg, dem Amtmann, Seconde-Lieutenant a. D. Mattheys zu Halber, Kreis Allena, dem Rentanten der Gymnasial- und Studien-Stiftungsfonds, Rechnungs-Rath Warburg zu Köln, dem Districts-Commissarius Koll zu Stordneß, Kreis Fraustadt, dem Steuer-Einnehmer Vorbes zu Jauer und dem Steuer-Einnehmer Wenzel zu Landeshut, den Rothen Adler-Orden vierter Klasse; dem Kreisgerichts-Rath a. D. Hüding zu Dortmund und den königlichen Kronen-Orden dritter Klasse; dem Gutsbesitzer, Hauptmann a. D. Gebauer zu Rossmühl, Kreis Ratibor, dem Oberamtmann Wittmer zu Heydau, Kreis Neuhagen, dem Posten-Commandeur Knoop zu Swinemünde, dem Professor Dr. Lewis an der Universität in Berlin, dem Kaufmann und Stadtverordneten-Vorsitzer Domde zu Grabow a. D., dem Departements-Physiater Wegnen zu Aachen, dem Bürgermeisterei-Beigeordneten Gemünd zu Niederbreisig, Kreis Hürweil, dem ersten ordentlichen Lehrer an der höheren Töchterschule in Marinerwerder Kleiber, dem Kreis-Communal- und Gemeinderathen-Rentanten Wille zu Hörter, dem Kaufmann Robert Kahler zu Posen, dem Partikular Anton Wabner zu Groß-Pogul, Kreis Wohlau, und dem Schulzen Raumann zu Wülberg im Saalkreise den königlichen Kronenorden vierter Klasse; sowie den Schullehrern v. Häuser zu Quedlinburg, Lufkowitz zu Graudenz, Raschid zu Sammentin, Kreis Arnswalde, und Lange zu Wubben, Kreis Lebus, den Adler der Inhaber des königlichen Hausordens von Hohenpollern verliehen.

Se. Majestät der Kaiser und Königin haben im Namen des Deutschen Reichs den Friedensrichter Peter Joseph Breuer in Molsheim zum Rath bei dem Landgerichte in Metz ernannt.

Der Notariats-Candidat Carl Anton Glabé zu Altkirch ist zum Notar für den Friedensgerichts-Bezirk Großtauchen mit Anweisung seines Wohnsitzes in Moerschingen ernannt.

Berlin, 28. Februar. [Ihre Majestät die Kaiserin-Königin] besuchte gestern Ihre Majestät die verwitwete Königin in Charlottenburg. Im königlichen Palais fand eine kleine musikalische Abendunterhaltung statt, unter Leitung des Ober-Kapellmeisters Taubert und Mitwirkung des Sängers Herrn Sieckhausen, der Pianistin Fräulein Fichtner und des Violoncellisten v. Laborowitsch. — Heute besichtigte Ihre Majestät die 9. Volksschule. — Im königlichen Palais fand ein Diner statt. (Beifall.)

[Der Handelsminister.] In der nächsten Sitzung der Budget-Commission des Abgeordnetenhauses war der Handelsminister Graf Tschepitz anwesend und motivirte die nachträgliche Etatsforderung zur Errichtung eines Unterstaatssecretariats für sein Ressort mit der täglich wachsenden Geschäftslast. Außerdem wiederholte er die im Plenum des Hauses bereits gegebene Erklärung, daß es nicht sein Wunsch sei, nach den gegen ihn gerichteten Angriffen, länger im Amt zu bleiben, als bis er Gelegenheit gehabt, seine Amtsführung zu rechtfertigen. Er halte es für dringend erforderlich, daß der Handelsminister in dem Unterstaatssecretär eine Kraft gewinne, welche sich schon jetzt in allen Geschäftszweigen desselben informirt und dem Minister einen Theil der Last abnehme.

[Die Frage der Aufhebung der Zeitungsstempelsteuer.] welche im Abgeordnetenhaus von Neuem angeregt worden ist, scheint diesmal, nach der „Kreuz“, günstige Aussichten zu haben. Bekanntlich wurde schon im vorigen Jahre gemeldet, daß die eigentlichen Ressortminister, der Minister der Finanzen und des Innern, der Aufhebung nicht entgegen wären. Die Anstände, welche von anderer Seite damals erhoben wurden, scheinen jetzt an Gewicht verloren zu haben.

[Die Oberpräsidialstellen.] Nachdem innerhalb der Regierung die Verständigung über die Besetzung der vier erledigten Oberpräsidialstellen erfolgt ist, hat jetzt zunächst die formelle Entscheidung über die Ernennung des ehemaligen Staatsministers, Freiherrn von Patow zum Oberpräsidenten der Provinz Sachsen stattgefunden.

[Das Verfahren gegen Wagener.] Es beschäftigt sich, daß gegen den Geheimrath Wagener das Scrutinalverfahren eingeleitet und der Director im Finanz-Ministerium Schumann mit der Führung desselben beauftragt ist. Es hat sich also die schon neulich hier gemachte Mittheilung als richtig erwiesen, daß die Regierung in Bezug auf die persönliche Stellung des Herrn Wagener keineswegs bis zum Abschluß der Ermittlungen der Special-Untersuchungs-Commission zu warten gedenkt.

[Die Kaiserin] hat der Wittve und den Kindern des Redacteurs Jos. Lehmann ein Trostschreiben zugehen lassen und darin ihr Bedauern über den Verlust, den die Familie erlitten, ausgesprochen.

Lehmann stand mehreren Vereinen vor, deren Beschützerin die Kaiserin ist.

Lissa, 26. Februar. [Rücktritt.] Propst Chlitzki, welcher bisher den Religionsunterricht an die katholischen Schüler des hiesigen Gymnasiums ertheilte, tritt mit Rücksicht von dieser Function zurück, weil er den Unterricht nicht mehr wie bisher in polnischer Sprache ertheilen darf. Der Propst hat auch die katholische Mittelschule einstellen müssen, die nun von einem Geistlichen aus Slogau versehen wird. (V. 3.)

Leipzig, 28. Februar. [Dem hiesigen geschäftsführenden Ausschusse] des deutschen Buchdrucker-Vereins ist aus Breslau die Mittheilung zugegangen, daß in einer gestern abgehaltenen Versammlung des dortigen Localvereins von sämtlichen Buchdruckereien mit Ausnahme der Genossenschaftsdruckerei, welche 6 Gehülfen beschäftigt, der Beschluß gefaßt ist, die Anordnungen des deutschen Buchdrucker-Vereins wegen einer allgemeinen Kündigung der dem Verbands angehörigen Gehülfen am 8. März strikt zur Ausführung zu bringen und sich schriftlich dazu zu verpflichten.

Stuttgart, 28. Februar. [Die Königin-Mutter] hat eine über Erwarten gute Nacht gehabt und mehrere Stunden ruhig geschlafen.

Kolmar, 28. Februar. [Bei der hier stattgehabten Prüfung von Einjährig-Freiwilligen] aus Oberelsaß wurde von 88 Bewerbern 72 die Berechtigung zum Einjährigendienst zuerkannt, zwei weiteren Bewerbern wurde die Berechtigung auf Grund ihrer vorgelegten Zeugnisse ertheilt.

Strasbourg, 28. Februar. [Ausweisung.] Der Professor der Theologie A. Sabatier hatte in zwei in Markirch und Bischweiler abgehaltenen Vorlesungen die deutschen Frauen zu verunglimpfen gesucht und erhielt deshalb die Weisung, Elsaß-Lothringen binnen 48 Stunden zu verlassen.

Schweiz.

Bern, 25. Februar. [Zu den kirchlichen Wirren.] Gestern trat der Große Rath des Cantons Bern in außerordentlicher Sitzung zusammen beauftragt Verathung der Jura-Bahn-Frage. In der Eröffnungsrede theilte der Präsident mit, daß Lachat gegen seine Amtseinführung als Bischof von Basel einen vom 22. d. M. datirten Recurs eingereicht habe, begleitet von seinem Recurs an den Bundesrath vom 8. d. M., und seinen Protest an die Diöcesanstände vom 4. d. M. Dieser Recurs enthält so ziemlich das Gleiche wie der an den Bundesrath und der Protest an die Diöcesanstände. Er verlangt dann formel die Freiheit zurück, welche die Acte von 1815 und die Berner Verfassung der katholischen Kirche und folglich auch dem Bischof und dem Clerus, so wie dem katholischen Volke zusichern. Und endlich stellt der abgeleitete Bischof sogar dem Großen Rathe noch das Begehren, er solle das von der Regierung vorbereitete Project der katholischen Kirchen-Organisation, das nichts als eine Unterdrückung des katholischen Glaubens und Kirchenthums und überdies ohne Mitwissen und ohne Mitwirkung der Diöcesan-Autorität ausgearbeitet worden sei, rückgängig machen. Diesem Ansinnen wird von dem Großen Rathe schwerlich entsprochen werden. Uebrigens wird die ganze Angelegenheit in dieser Sitzung des Großen Rathes in keiner Beziehung noch in Verathung kommen. — Vorgestern fand zu Berner zu Ehren Mermillods eine Manifestation statt, welche in Einklang mit ihm von einem dazu eigens gebildeten Genfer Comité in Scene gesetzt war. Gegen 1 Uhr Mittags fuhr eine Anzahl Wagen von Genf und Carouge nach Grand-Saconnex und dann gegen 2 Uhr von da nach Berner, wo Mermillod die Gäste — es mochten circa 600 sein, Herren und Damen — in Begleitung von mehreren Geistlichen im Hofe des Pensionats begrüßte. Dann verlas Dr. Silva von Genf einen Protest der Genfer Katholiken gegen die Ausweisung ihres apostolischen Vicars und — ein Herr Co. Verhieß eine speciell im Namen der Stadt Carouge abgefaßte Adresse gleichen Inhalts, worauf dann noch ein Herr J. Dupont dem „edlen Verbannten“ die Theilnahme des Plusvereins aussprach. Auch Mermillod hielt eine Ansprache, gefolgt von einem Magnificat und einem Musikstücke, ausgeführt vom Orchester des Pensionats, worauf er sich in die Kirche von Berner begab, um dort noch speciell für die Frauen eine Predigt zu halten. Nach dem „Progres du Lyon“ wird abregens Mermillod schon in den nächsten Tagen von Berner nach Lyon überfiedeln.

Italien.

Rom, 23. Februar. [Der Papst] empfing heute eine Deputation frommer Damen, welche gekommen waren, um gegen die öffentlichen Vergessnisse des Carnevals zu protestiren. In seiner Antebede sprach der Papst von dem vielen Guten, das ein gutes Weib in der Gesellschaft stiften könne. Vient habe den Frauen namentlich viel Mitleid für fremdes Unglück ins Herz gelegt. Als Beweis dafür erzählte Plus eine Episode aus seinem eigenen Leben. Vor 42 Jahren habe ihn eine Revolution genöthigt, da er noch Bischof gewesen, aus seiner Residenz zu flüchten. Er habe etwa zehn Miglien durch dichtes Gestrüch zu Fuß zurückgelegt und sei im Begriff gewesen, vor Müdigkeit niederzuknien, als er eine Hütte erblickt. In derselben habe er zwei arme Frauen gefunden, die ihren Bischof mit Bräunen der Nahrung aufgenommen, mit Brod und Wein erquidt und zur Fortsetzung seiner Wanderung gestärkt hätten. Im Jahre 1849 hätten ebenfalls zwei arme Frauen einen verfolgten Freund aufgenommen, und zwei Monate in ihrer Wohnung versteckt gehalten, bis die Oesterreicher die betreffende Stadt aus den Händen der Revolution befreit hätten. Zum Schluß erwähnte der Papst die Versammelten, im Guten auszuharren bis für die Kirche wieder die Stunde der Erlösung schlagen würde.

Frankreich.

* Paris, 26. Febr. [Die Legitimisten und Orleansisten] sagen einander jetzt allerlei Unzulänglichkeiten. Zwei Jahre lang haben diese Menschen mit einander Ränke getrieben, um die Monarchie herzustellen; aber was sie unter sich von einander halten, tritt jetzt zu Tage. So ruft die legitimistische „Union“: „Seit zwei Jahren war die National-Versammlung den Ränken dieser Schule politischer Genußes überliefert, die in der Revolution des 4. September nur eine Gelegenheit sah, unser Unglück zum Besten ihres kleinlichen Ehrgeizes und ihres Reglerungs-Ibols auszunutzen.“ Das legitimistische Blatt setzt hinzu, es leane diese Genußschule längst. Der „Frangals“, das Organ des rechten Centrums, wundert sich über diese Sprache und beschwört die Legitimisten, mit den Orleansisten zu stimmen, und meint, in Broglie's Entwurfe seien mehrere Punkte, die den Monarchisten mehr als den Republikanern gefallen müßten. „Siècle“ wie „République Française“ wundert sich über diesen Egoismus der Royalisten.

[Graf Chambord und der Papst.] Der Graf von Chambord soll vom Papste ebenfalls ein Schreiben erhalten haben, worin derselbe ihn auffordert, einige Concessionen zum Besten der Annäherung der monarchischen Parteien in Frankreich zu machen. Der Graf soll dem Papste hierauf in der nämlichen Weise wie dem Bischof Dupanloup, jedoch respectvoller, geantwortet haben. Nach der legitimistischen „Union“ hat der Graf von Chambord den Papst wegen der Fahnenangelegenheit nie um Rath befragt, da derselbe nur in solchen Fragen, bei

welchen die heilige Sache der Religion beilegt sei, seine Ansicht kundgeben könne.

[Der Herzog von Amale] wird auf das herausfordernde Schreiben, welches der Marquis de Franchen an ihn richtete, nichts erwidern. Der Herzog von Audiffret-Pasquier wollte auf die heftigen Angriffe antworten, welche die „Union“ gegen ihn richtete. Seine Freunde bestimmten ihn aber, die Sache mit Stillschweigen zu übergeben.

[Die Fünfundvierziger-Commission, welche mit der Reorganisation der Armee betraut ist,] hat die Absicht, den zweiten Theil des Militärgesetzes baldigst auf die Tagesordnung der Nationalversammlung zu bringen. Thiers verlangt jedoch, daß man noch warte, weil die Generale keineswegs über gewisse Fragen einig sind. Es würde daher leicht der Fall sein, daß das betreffende Gesetz vor den Vacanzen nicht vorkommt. Die Commission ist in mehreren Punkten mit dem Kriegsminister nicht einverstanden; sie beantragt u. A. die Unterdrückung der Juven-Regimenter, während der Kriegsminister für deren Aufrechterhaltung ist.

Spanien.

Madrid, 25. Febr. [Aus der National-Versammlung.] Daß die National-Versammlung nicht in der Stimmung ist, ihre laufende gesetzgebende Thätigkeit ruhig fortzuführen, darf nicht wundern, wenn es nötig erscheint, den Congresspalast mit Gendarmerie vollzupropfen, welche alle nach der Straße gehenden Räume zur Bereitelung eines etwaigen Ueberralls besetzt hält. Die Sitzung wurde gestern Abend um 4½ Uhr eröffnet; als die Tagesordnung verlesen war und zur Fortsetzung der Verhandlungen über das Emanzipationsgesetz für Portorico geschritten werden sollte, gab das Haus seine Abneigung durch Murren kund, worauf der Präsident Martos erklärte, daß die Versammlung bis zu ihrer Auflösung durch die Constituyente in ihrer gewöhnlichen Geschäftsthatigkeit bleiben müsse. Er kündigte zugleich die Ernennung eines ständigen Ausschusses an. Nun wurden die Zuschauerbänke geräumt und die Sitzung in eine geheime verwandelt. Es sollen in derselben Maßregeln zu kräftigem Einschreiten gegen Wählerreien aller Parteien gefaßt worden sein.

[Neue Gouverneure.] Das neue Ministerium hat Gouverneure für alle Provinzen ernannt, meist aus den Mitgliedern der National-Versammlung. Zum Civil-Gouverneur von Madrid ist Nicola Gilebanez, einer der beiden früheren republikanischen Abgeordneten der Hauptstadt, zum General-Capitän von Madrid der General Pavia, zum General-Capitän von Barcelona der General Lagunero, zum General-Commandanten der Truppen in Catalonien Juan Contreras und zum Oberbefehlshaber der Nordarmee General Novillas ernannt. Seit der Errichtung der Republik hat die gegen die Carlisten operierende Hauptarmee nun schon ihren dritten Führer; auf Moriones folgte Pavia, auf Pavia Novillas, und so ist es natürlich, wenn der Feldzugsplan der Einheit ermangelt. In Bilbao und Pampelona fürchtet man einen Angriff der Carlisten.

Portugal.

Lissabon, 22. Februar. [In Bezug auf König Amadeus' Abdankung] schreibt der hiesige Correspondent der Londoner „Daily News“: „Don Amadeo führt in Portugal das Leben eines auf einer Ferienreise begriffenen britischen Parlamentsmitgliedes mit Geschmack für Jagdvergnügen. Seitdem er Madrid verlassen, verbringt er seine Zeit mit Jagden und Spaziergängen. Der König zeigt nicht viel Geschmack für die Vergnügen der Hauptstadt, in deren Nähe er weilt. Er vermeidet Hofdiners und Carneval-Amusements, und hat sich bis jetzt noch nicht im Theater blicken lassen. Aber er empfängt in ungezwungener Weise die Notabilitäten von Lissabon, die kommen, um ihm ihre Achtung zu bezeugen. Die bevollmächtigten Minister, die ihm ihre Aufwartung gemacht haben, erhielten von seinen Lippen eine freimüthige und unverblühte Erklärung der Gründe, die ihn zur Abdankung bewogen. Don Amadeo — oder der Herzog von Aosta, wie er genannt zu werden wünscht — leugnet, daß Victor Emanuel oder Fürst Bismarck irgend etwas mit seiner Abdankung zu thun hatten. Seit einigen Monaten war in seinem Gemüth der Entschluß, die Krone niederzulegen, gereift; aber er zog Niemanden in sein Vertrauen. Die Niederkunft der Königin hielt er für eine treffliche, nicht vorübergehende zu lassende Gelegenheit, seine Abdankung ohne die unangenehme Verwickelung häßlicher Scenen zu vollziehen. Welche Bedenken er auch noch immer hegen mochte, so wurden dieselben durch eine Prüfung des Contobuches der Königin zerstreut. Maria Victoria brachte ihrem Gatten an ihrem Hochzeitstage ein Vermögen mit, das im Ehecontract auf 1 Million Francs jährlich abgeschätzt war, wozu später das Vermögen ihrer Mutter, der Prinzessin Della Cisterna hinzugefügt wurde. Die Würde des Hofes von Madrid wurde in großem Maßstabe aus diesem Vermögen aufrechtgehalten, da die Civilisten (selbst wenn sie regelmäßig gezahlt worden wäre) für die notwendigen Ausgaben des königlichen Haushalts unzureichend war. Die Einkünfte der Königin erhielten auch große Hüfen durch die Bestreitung von Carlisten und anderen Intriganten und die Bestreitung der Kosten militärischer Expeditionen in den Gebirgen. Des Königs Reife nach den baskischen Provinzen war ebenfalls eine Quelle starker Unkosten. Diese Prüfung der Rechnungsbücher brachte Don Amadeo zu dem melancholischen Schlusse, daß, wenn er einige Jahre länger in Madrid bleibe, er, so weit seine Privathilfsquellen gingen, in Bankrott enden müßte. Er besaß nicht das finanzielle Genie, das Isabella, Christine und den Herzog von Montpensier in den Stand setzte, Spanien mit glänzendem Vermögen zu verlassen. Eine andere Rücksicht war die enorme Prämie, welche die Versicherungs-Gesellschaften auf seine und seiner Gemahlin Leben setzten. Keines von ihnen ging je aus, ohne die Kinder zu küssen, als sei es zum letzten Male. Der Pöbel wurde gegen sie von den Priestern und den Agenten der verschiedenen Präsidenten aufgeführt, und der Adel behandelte Amadeo mit mehr Verachtung, als ob er ein Kammerdiener Marfotis oder Königin Christine's Lieblingszwerg gewesen wäre. Diese Toleranz ärgerte den König schwer, und er beschloß, dieselbe durch den Rücktritt vom Throne zu bestrafen. Als Amadeo nach Madrid kam, nahm er keinen Anstand, mit den Republikanern zu fraternisiren, welchen die Königin indessen nicht günstig geneigt war. Am Abend, an welchem er beschloß abzuhauen, entschloß er sich auch, diese Bundesgenossen als eine Petition zur Züchtigung des Adels zu gebrauchen. Er sandte demgemäß nach einigen Führern der Partei, die ihm persönlich bekannt waren, und theilte ihnen mit, was in seinem Gemüth vorgehe. In seiner derben Weise sagte er ihnen, daß es gänzlich thöricht und Abergläubchen sei, die Doubrons und die Aristokratie mit Principien der öffentlichen Ordnung zu vereinen. In deren Händen würde Spanien wie ein Mensch in einem Delirium bleiben. Die Dinge hätten einen solchen Stand erreicht, daß Monarchie in Spanien nur ein Despotismus der schlimmsten Art sein könnte. Wenn die Republikaner in seine Hände spielen wollten, würde er sie, ehe er Madrid verlasse, unterkriegen. In drei Tagen war das Complot reif. Der König kam mit seiner Abdankung zum Vorschein, und die Cortes proklamirten, nach seinem Rathe handelnd, die Republik. Die Königin, die Trost in einer gründlichen Ueberzeugung, daß sie eine „Mission“ in Spanien

hätte, fand, wurde im Dunkeln gelassen, bis es für ihren Gatten zu spät war, von seinem Schritte zurückzutreten. Als sie hörte, wie die Dinge standen, war sie heftig erregt. Als die Vorbereitungen für die Abreise gemacht wurden, befahl der König, daß das Equipage von einem, vom Minister des Innern ernannten Beamten beaufsichtigt werde. Kein Gemälde, Möbelstück oder Schmuckartikel, den eines ihrer Majestäten in Madrid aus ihrer Privatlifte oder aus ihrem Privateinkommen gekauft hatte, wurde weggeschafft, und ein Agent wurde beauftragt, um den letzten Pfennig laufender Rechnungen und die letzten kleinen Pensionen aus der Privat-Chatulle zu bezahlen.“

Provincial-Beitrag.

— d. Breslau, 27. Februar. [Versammlung Breslauer Innungs-Vorstände.] Der Vorstand der Breslauer Commission zur Wahrung der Interessen des Handwerkerstandes hatte zu gestern Nachmittag 4 Uhr eine Versammlung der hiesigen Innungs-Vorstände in die „Noba“ auf der „Grünen Baumstraße“ einberufen, die von ungefähr 70 Personen besucht war. Vertreten waren folgende Innungen: die Bäcker, Barbier, Bürstenmacher, Drechsler, Färber, Fleischer, Gerber und Corduaner, Glaser, Gold- und Silberarbeiter, Handschuhmacher, Gürtler und Schmiedefeger, Hutmacher, Kammacher, Klempner, Korbmacher, Maler und Lackirer, Maurer und Steinmetzen, Sattler und Riemen, Schmiede, Schneider, Schlosser, Sporer und Wäschmacher, Schornsteinfeger, Schuhmacher, Seifenfäbriker, Seiler, Stellmacher, Tischler und Tapezierer, Tischler, Tischler, Tischler und Tischler und schließlich die Bergarbeiter. Herr Schneidermeister Heide mann eröffnete als stellvertretender Vorsitzender der Commission die Versammlung, indem er einen Rückblick auf die bisherige Thätigkeit der Commission zur Wahrung der Interessen des Handwerkerstandes gab. Redner theilte ferner mit, daß die Commission eine Petition an die hiesige königliche Regierung und an den hiesigen Magistrat ausgearbeitet habe, welche die Einführung eines Orts-Statuts für gewerbliche Verhältnisse in Breslau anstrebe. Diese Petition, eingeleitet von einer umfangreichen und eingehenden Motivirung, verlangt:

- Einführung von gewerblichen Schiedsgerichten mit bindender Kraft nach dem Schluß des § 108 der neuen Gewerbe-Ordnung mit Hinzuziehung von Arbeitgeber und Arbeitnehmer, damit die streitigen Fälle sofort entschieden und erledigt werden können und
- Einführung von gesetzlichen Entlassungsregeln, worin der Tag des Ein- und Austritts in und aus der Arbeit angegeben ist, mit der Bestimmung, daß derjenige, welcher dagegen handelt, zu einer Ordnungsstrafe herangezogen wird. — Durch die Entlassungsregeln soll nur der Zweck erreicht werden, daß der Arbeitnehmer sich damit ausweisen kann, seinen Verpflichtungen gegen den vorherigen Arbeitgeber nachgekommen zu sein.

Nach Vorlesung der Petition wurde dieselbe nach kurzer Debatte von der Versammlung einstimmig angenommen und sogleich von den Vertretern oben genannter Innungen unterschrieben. Ebenso soll die Petition allen Vorständen der in der Versammlung nicht vertretenen Innungen hiesiger Stadt zur Unterfertigung unterbreitet werden. — Demnach berichtete Herr Schneidermeister Witsch über die Thätigkeit der Commission bezüglich der vom Breslauer Handwerkerstand angeregten Petition an den deutschen Reichstag. Es wurde von der Versammlung beschlossen, nach Empfang der Petition aus Berlin von einer ursprünglich beabsichtigten allgemeinen Versammlung aller selbstständigen Breslauer Gewerbetreibenden abzusehen, und der Antrag: Jedes Gewerbe sucht für sich so viel als möglich Unterchriften in und außer der Innung zu erwerben, angenommen. Nachdem u. A. noch der Antrag, daß die Commission zur Wahrung der Interessen des Handwerkerstandes sich durch Coöperation zu verstärken habe, angenommen worden und nach der Mittheilung, daß bereits 24 Breslauer Innungen sich zu gemeinsamem Handeln in gewerblichen Sachen fester verbunden haben, wurde die Versammlung vom Vorsitzenden geschlossen.

— d. Breslau, 27. Februar. [Frauenbildungsverein zur Beförderung weiblicher Erwerbsfähigkeit.] In vergangenen Monat hielt zunächst Herr Dr. med. Theob. Körner einen längeren Vortrag über Nahrungsmittel (Brot, Fleisch u.) und Genussmittel (Kaffee, Thee, Chocolate u.) Auf diesen folgte am nächsten Montag ein sehr begeisterter Vortrag über Leben und Wirken unserer geistvollen und unglücklichen Dichters Nicolaus Lenau (Graf Nymphen-Schlehenau), gehalten von dem Redacteur der „Breslauer Nachrichten“ Herrn Dr. Karpeles; am vorigen Montag sprach Herr Director Gleim über das zarte und reizende indische Gedicht: „Nala und Damayanti“, und legte dessen Schönheit auseinander. An Fragen wurden einige philosophischeren Inhalts von Frau Redacteur G. Delzner beantwortet, in andern sprach sich vielfach das Interesse und Wohlgefallen der Mitglieder an dem Vortrag Herrn Dr. Karpeles über Lenau, und der gemeinsame Wunsch aus, daß der Vortrag gedruckt werden möge. So dauert das Interesse an den Vorträgen und Vereinsversammlungen lebhaft fort, während leider andere Veranstaltungen des Vereinsvorstandes nicht die gewünschte und verdiente Theilnahme finden. Wir möchten bei dieser Gelegenheit darum nochmals an den Unterricht für die Kinderpflanzertinnen erinnern, eine Unternehmung die eben so wichtig für das Gedeihen unserer Kleinen, als für Fortkommen und Bildung der heranwachsenden Töchter ist, ein Gegenstand über den sich auch der im vorigen Monat gebrachte Jahresbericht des Frauenbildungsvereins in beherzigenswerther Weise äußert.

— d. Breslau, 27. Febr. [Pädagogischer Verein.] In der gestrigen Sitzung führte Herr Langner den Vorsitz. Nach Vorlesung und Genehmigung des Protokolls wurden Mittheilungen gemacht. Nach einer derselben ist ein Referat der „Schle. Zeitung“, betreffend die Gehaltspetition der hiesigen Lehrer zum mindesten als verfrüht zu bezeichnen. Noch sind unter den Mittheilungen diejenigen hervorzuheben, welche College Herold aus dem von ihm bearbeiteten „Schematismus der sämtlichen öffentlichen e. v. Elementarschulen Schlesiens“ über die Gehaltsfrage der Städte Waldenburg und Grünberg machte. Dieser Schematismus wird in aller nächster Zeit im Buchhandel erscheinen. Auch ist zu bemerken, daß die Freiburger Bahn bereitwillig freie Rückfahrt für diejenigen Kollegen bewilligt hat, welche die Osterversammlung besuchen werden. Die übrigen Bahnen haben abgelehnt. Sodann hielt Herr Schönwälder seinen Vortrag über das Thema: Der Kampf der liberalen Volksschullehrer. Erstens wies er nach, wie sich derselbe auf die Schulaufsicht beziehe. Redner setzte auseinander, wie die verschiedenen Aufsichtsbehörden zu gliedern seien, und daß auch Elementarlehrer zu Kreis- und Provinzialinspectoren zu wählen sind, eine Forderung die von verschiedenen Lehrerverbänden, Widard, Lange und A. gestellt ist. Bildung und Stellung der Lehrer, zweiter Theil seines Vortrages, seien bedeutend zu heben. Den geeigneten Elementarlehrern müsse der Besuch der Universität gestattet sein. In Bezug auf den Unterricht in der Schule wußte Herr Schönwälder dringend, daß die Fallhaken Bestimmungen halbaltig voll und ganz zur Ausführung gelangen möchten. Nachdem der Vortragende noch über Besoldung und Pensionirung gesprochen, verlas er 6 Aefen, welche nächstens zur Verathung kommen sollen. Es wurden hierauf noch einige Vorschläge der Büchercommission, betreffend Anschaffungen für die Bibliothek, und ein Dringlichkeitsantrag angenommen: die Tagesordnungen fortan durch die „Schle. Schulztg.“ zu veröffentlichen.

— Sagan, 28. Febr. [Irvingianer. — Beigeordnetenwahl. — Abgeordnetenwahl. — Zum Seminar.] Die vor Kurzem hier entstandene Irvingianer-Gemeinde hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Ihr Ehrl., der „christlich-apostolische Apostel“ Hermann Walzer, wird jetzt an einem andern Orte für seine Lehren Anhänger zu gewinnen suchen. — Zu der gestern abgehaltenen Wahl eines Beigeordneten waren 35 Städte bevollmächtigt erschienen (1 war verhindert). Von denselben wurden 19 Stimmen für den Bürgermeister Ködler aus Drossen, 12 für den Kassensyndikus der Gnadenkirche, Friede, und 4 für den Bürgermeister aus Nymphen abgegeben. Somit ist Bürgermeister Ködler zum Beigeordneten von Sagan gewählt worden. Möchte die Wahl zum Segen für die Stadt ausfallen! — Als Abgeordneter für den Provinzial-Landtag wurde der Färbereibesitzer und Stadterborden-Vorsteher König gewählt. — In diesen Tagen weilt der Provinzial-Schulrath Hanke aus Breslau in unsern Mauern, um die zur provisorischen Unterbringung des Lehrer-Seminars herzurichtenden Localitäten zu besichtigen und spezielle Anordnungen zu treffen. Es geht aus diesem Grunde in unserm Rathhause eine große Umwälzung vor sich, welche für die aus dem Fische geschlagenen Magistrats-Beamten nicht gerade sehr erbaulich ist. Sollte das neue Seminar-Gebäude binnen zwei Jahren nicht fertig gestellt werden können, so dürfte die Unterbringung der dann noch wenig werdenden Uebungsschule (über deren Einrichtung übrigens selbst in den maßgebenden Kreisen ganz merkwürdige, auf völliger Unkenntnis beruhende Vorstellungen zu herrschen scheinen) nicht unerhebliche Schwierigkeiten verursachen. So viel wir hören, sind bei der jetzt stattgefundenen Aufnahmeprüfung im Seminar zu Reichenbach D.-L. 11

Präparanden für das hiesige Seminar designirt worden. Außerdem soll, wie es heißt, hier auch noch eine Präparanden-Prüfung abgehalten werden, um den ersten Seminarcurus vollständig zu machen.

Telegraphische Witterungsberichte vom 28. Februar.

D r t.	Bar. Bar. Lin.	Therm. Reaum.	Abweich. vom Mittel.	Wind- Richtung und Stärke.	Allgemeine Himmels-Ausicht.
Auswärtige Stationen:					
8 Gagaranda	331.6	— 5.0	—	S. mäßig.	bedeckt, Schnee.
7 Petersburg	335.5	— 5.4	—	N. mäßig.	bewölkt.
7 Riga	—	—	—	—	—
7 Moskau	328.4	— 4.1	—	W. mäßig.	heiter.
7 Stockholm	332.4	1.9	—	S. schwach.	bedeckt, Regen.
7 Stubeas	320.8	0.6	—	NW. lebhaft.	heiter.
7 Grönningen	332.7	1.8	—	NW. schw.	schön.
7 Helber	333.1	2.4	—	NW. mäßig.	—
7 Hernsfand	329.2	0.1	—	Windstille.	bedeckt, Schnee.
7 Christiansb.	332.0	— 0.3	—	SW. mäßig.	wenig bewölkt.
7 Paris	—	—	—	—	—
Preussische Stationen:					
Morg.	—	—	—	—	—
7 Memel	331.3	0.4	2.3	SW. mäßig.	trübe.
7 Königsberg	331.1	1.2	3.3	SW. schwach.	trübe.
6 Danzig	330.7	0.5	2.0	—	bedeckt.
7 Götting	330.7	1.8	3.2	SW. schwach.	bedeckt.
6 Stettin	331.3	2.8	3.1	SW. mäßig.	bedeckt.
6 Buttsb.	328.7	2.6	3.3	S. mäßig.	bezogen.
6 Berlin	331.0	2.4	2.3	SW. bewölkt.	ganz bedeckt.
6 Posen	329.3	1.8	3.2	SW. schwach.	trübe.
6 Ratibor	323.1	4.9	7.1	S. mäßig.	neblig.
6 Breslau	326.7	3.8	4.7	W. schwach.	trübe.
6 Torgau	328.9	1.1	1.1	S. schwach.	bedeckt.
6 Münster	330.5	1.8	1.2	SW. schwach.	trübe.
6 Köln	331.8	1.1	0.6	NW. mäßig.	ziemlich bedeckt.
6 Arier	327.7	1.8	1.5	SW. schwach.	trübe, neblig.
7 Flensburg	329.2	2.7	—	NW. lebhaft.	bezogen.
6 Wiesbaden	328.5	1.4	—	W. schwach.	bewölkt.

Meteorologische Beobachtungen auf der Königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 28. März 1.	Nachm. 2 U.	Morg. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftdruck bei 0°	327.19	328.46	329.61
Luftwärme	+ 1.8	+ 0.8	+ 0.3
Dunkelpunkt	2.14	1.99	1.85
Luftfeuchtigkeit	91 pCt.	93 pCt.	90 pCt.
Wind	NW. 1	W. 1	W. 1
Wetter	trübe, Regen.	bedeckt.	bedeckt.

Breslau, 1. März. [Wasserstand.] D.-P. 16 F. 11 Z. U.-P. 3 F. 5 Z.

Berlin, 28. Februar. Die verhältnismäßig leichte und glückliche Beendigung der Ultimoregulirung verleiht die heutige Börse in eine recht feste Stimmung und die günstige Tendenz sprach sich nicht nur in gut behaupteten und vielfach steigenden Coursen, sondern auch in dem regen und animirten Verkehr, der auf den meisten Gebieten Platz gegriffen hatte, aus. Geld zeigte sich auch heute noch gefragt, ohne daß aber die bereits in den vorhergegangenen Tagen gezahlten Zinskasse eine Steigerung erliefen. In den Speculationswerthen hatte sich ein ziemlich lebhaftes Geschäft etablirt, auch war die Tendenz desselben recht fest; eine geringe Abschwächung, die allerdings eintrat, verschwand wieder, als Wiener Depeschen von dort ebenfalls eine günstige Stimmung signalisirten. Der Hauptverkehr wandte sich den Franzosen zu, für welche man sich in Bezug auf die nächsten Wochenannehmungen sehr befriedigenden Hoffnungen hingibt. Nächstdem gingen aber auch Lombarden ziemlich rege um, vernachlässigt blieben nur Oesterreichische Creditactien. Im Allgemeinen traten Oesterreichische Bahnen fester auf, nur Galizier und Oesterreichische Nordwestbahn mußte etwas nachgeben, ohne daß dadurch der Verkehr eine belebtere Physiognomie gewann. Auswärtige Fonds traten nur theilweise in regeren Verkehr, Oesterreichische Renten waren Anfangs fest, ermatteten jedoch später, Italiener offerirt, franz. Rente unbedeutend und weichend, auch Aktien nachgaben. Amerikaner sehr träge, da die widersprechenden Nachrichten über die etwaige Kündigung des Geschäft sehr lähmen, von 3. und 4. Serie nahm die Arbitrage Einiges aus dem Markte. Russische Staatsactien wieder fester, Rf. Sterl.-Anleihen lebhaft. Preussische und Deutsche Fonds sehr still, und in den Notirungen nicht wesentlich verändert. Lebhaftige Frage trat nach 4. und 4½ proc. Prioritäten auf, doch blieb das Geschäft darin trotz steigender Course sehr beschränkt. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markt ruhte der Verkehr in schweren Papiere fast gänzlich, die Stimmung war jedoch auch hier fest, von leichten Actien zeichneten sich Schweizer Westbahn durch sehr rege Umsätze aus. Rumänien ziemlich lebhaft und fest, Grefeld Kreis Rempen steigend, auch Ostpreussische Süd-Bahn und Nabe-Bahn besser. Das Prämien-Geschäft besonders in Bantactien belangreich. Sehr beliebt waren Bantactien, denen sich auf Kosten des Verkehrs in Industrierwerthen Capital und Speculation wieder zuzuwenden scheint. Sehr fest und belebt waren Disconto-Comm., Darmstädter, Prov.-Disc., Jachmann, Berl. Bankverein, ferner Meininger Hypothekendarbait, Quistorf, Essener Credit, Wechselbank, Eberf. Disc. u. W. und Unionbank, Centralbank für Industrie, Centralbank für Bauten und Metropole steigend. Silberstein 120 1/2, Deutsche Creditanstalt 126 1/2 in Posten bez., Dresd. Handelsb. 99 1/2 bez. u. G., Halle'sche Creditbank 97 G., Hamb. Bank. 117 1/2, Leipz. Disc. 110 1/2 G., Warfchauer Disc. 101 Br., Wiener Arbitrage 130 G. Industrierpapiere belebt und fest, Bergbauerei gewichen, Landre steigend, Böhm. Braubaus, Bod. und Nürnberg gefragt, Simon, Holz und Rath-Holz steigend, Schle. Porzell., Jaconischmiede, Westphalia, Beckton beliebt, desgl. die Tuchfabriken und Neuf Wagenbau, Lichterfeld Bauberein, Centralbauberein, Chemnitzer Baugesellschaft, Allg. Häuserbau, Wäsemann, Ostend lebhaft, meist steigend, Montanwerthe rege, namentlich Massener, Schle. Zint, Annener, König Wilhelm.

B. Stettin, 28. Februar. [Stettiner Börsebericht.] Wetter: trübe. Temperatur + 5° R. Barometer 27.8" Hg. Wind: SW. — Weizen unverändert, pr. 2000 Pfd. loco gelber ger. 50—63 Zhlr. bez., beßerer 64—75 Zhlr. bez., feiner 76—82 Zhlr. bez., pr. Februar 82 Zhlr. nom., pr. Frühjahr 82 1/2, 1/2 Zhlr. bez., pr. Mai-Juni 82 1/2 Zhlr. Br., pr. Juni-Juli 81 1/2 Zhlr. Br. u. Gld., pr. Juli-August 81 1/2 Zhlr. Br. u. Gld., pr. September-October 76 1/2 Zhlr. Br. u. Gld. — Roggen wenig verändert, pr. 2000 Pfd. loco ger. 50—54 Zhlr. bez., feiner 55 Zhlr. bez., pr. Febr.-März 53 Zhlr. nom., pr. Frühjahr 53 1/2, 1/2 Zhlr. bez., pr. Mai-Juni 53 1/2 Zhlr. bez., pr. Juni-Juli 53 1/2 Zhlr. bez., pr. Juli-August 52 1/2 Zhlr. Gld., 1/2 Zhlr. Br., pr. September-October 51 1/2 Zhlr. Br. u. Gld. — Gerste fest, pr. 2000 Pfd. loco 50—58 Zhlr. bez., pr. Frühjahr Schle. 56 1/2 Zhlr. Gld. — Hafer still, pr. 2000 Pfd. loco 38—44 Zhlr. bez., pr. Frühjahr 44 1/2 Zhlr. bez. — Erbsen still, pr. 2000 Pfd. loco 42—47 Zhlr. bez., pr. Frühjahr Futter 47 Zhlr. Br. u. Gld. — Wintererbsen pr. 2000 Pfd. pr. September-October 96 1/2, 1/2 Zhlr. bez. — Rüböl matt, pr. 200 Pfd. loco 22 Zhlr. Br., pr. Februar u. Februar-März 21 1/2 Zhlr. bez., 21 1/2 Zhlr. Br., pr. April-Mai 21 1/2, 1/2 Zhlr. bez. u. Br., pr. September-October 22 1/2 Zhlr. bez., Br. u. Gld. — Spiritus flau, pr. 100 Liter a 100 pCt. loco ohne Fah 17 1/2, 1/2 Zhlr. bez., pr. Februar 17 1/2 Zhlr. nom., pr. Frühjahr 17 1/2 Zhlr. bez. u. Br., pr. Mai-Juni 18 1/2, 1/2 Zhlr. bez. u. Br., pr. Juni-Juli 18 1/2, 1/2 Zhlr. Br., pr. Juli-August 18 1/2 Zhlr. Br., pr. August-September 18 1/2 Zhlr. bez. u. Br. — Petroleum loco 6 1/2, 1/2 Zhlr. bez., pr. Februar-März 6 1/2 Zhlr. Br., pr. September-October 5 1/2, 1/2 Zhlr. bez. — Mehlungspreise: Weizen 82, Roggen 53, Rüböl 21 1/2, Spiritus 17 1/2, Petroleum 6 1/2 Zhlr.

Posen, 28. Februar. [Posener Bericht von Lemn Wermin Schue.] Roggen: (pro 1000 Kilogramm) feher. Rindungspreis 53. Gel. — Weizen 53 nom., Februar-März 53 nom., Frühjahr 53 1/2 bez. u. G., April-Mai 53 1/2 bez. u. G., Mai-Juni 53 1/2 bez. u. G., Juni-Juli — Spiritus (pro 10,000 Liter %) flau. Rindungspreis 17 1/2. Gel. — Ater. Februar 17 1/2 bez. u. G., März 17 1/2 bez. u. G., April 17 1/2 bez. u. G., April-Mai 17 1/2 bez. u. G., Mai 17 1/2, 1/2 Zhlr. u. Br., Juni 18 1/2, 1/2 bez. u. Br., Juli 18 1/2, 1/2 Br., August 18 1/2 bez. u. Br., September — Posener Markt-Bericht. Weizen: unverändert, pro 1050 Kilogramm feiner 88—90 Zhlr., mittel 80—83 Zhlr., ordinär und defect 70—80 Zhlr. — Roggen: niedriger, pr. 1000 Kilogr. feiner 56—57 Zhlr., mittel 54—55 Zhlr., ordinär 50—52 Zhlr. — Gerste begehrt, pr. 925 Kilogr. feine 46—48 Zhlr., mittel und ordinär 40—44 Zhlr. — Hafer: gefragt, pr. 625 Kilogramm feiner 26—29 Zhlr., mittel u. defect 24—26

